

Eon-Trasse Thema in Brüssel

STROMLEITUNG SPD-Europaabgeordneter will bei EU-Kommission nachfragen



SPD-Kommunalpolitiker hatten den Europaabgeordneten eingeladen: (von links) Frank Windhorst (IG Vorsicht Hochspannung), Hermann Bokelmann, MdEP Matthias Groote, MdL Renate Geuter, Anne Wilkens-Lindemann und Heinz-Jürgen Greszik.

Hat die Eon bei der EU Zuschüsse für ein Erdkabel beantragt? Matthias Groote will das überprüfen.

COLNRADE/LD - Hat Eon für eine unterirdische Gasolierte Leitung (GIL) einen Zuschuss bei der EU-Kommission beantragt? Der SPD-Fraktion des Harpstedter Samtgemeinderat kommen Zweifel an der Aussage, die Dr. Christian Schneller von Eon im Mai im Landtag machte. Da inzwischen sieben Monate ohne Reaktion vergingen, informierten Heinz-Jürgen Greszik, Anne Wilkens-Linde-

mann und Hermann Bokelmann den neuen SPD-Europaabgeordneten (MdEP) Matthias Groote aus Ostfriesland am Freitag im Hotel Zur Wasserburg. Der Diplom-Wirtschaftsingenieur, der Mitglied im EU-Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz ist, erwies sich als sehr fachkundig und versprach, die EU-Kommission in Brüssel schriftlich um Auskunft zu bitten.

Frank Windhorst vom Vorstand der Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“ war auch dabei und kritisierte, dass Eon immer noch eine Freileitung plane und aus dem Desaster im Münsterland keine Lehren ziehe:

„Wir wurden von Eon belächelt, wenn wir auf die Anfälligkeit von Freileitungen bei Naturkatastrophen hinweisen.“

Die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter forderte, dass die Landesregierung bei der Auswertung des Gutachtens die Erkenntnisse aus dem Münsterland berücksichtigt: „Stand der Technik ist nicht die Freileitung, sondern GIL, für deren Verlegung auch kein Raumordnungsverfahren erforderlich ist.“

Versorgungssicherheit und Schutz der Bevölkerung spreche eindeutig für GIL unterstrich Frank Windhorst: „Unter Berücksichtigung aller geplanten 850 Kilometer Leitun-

gen macht das für einen Vier-Personen-Haushalt nicht einmal 30 Cent monatlich.“

Eon sperrt sich bekanntlich gegen GIL, weil sie die Mehrkosten nicht umlegen kann. Hermann Bokelmann bat daher Matthias Groote: „Suche mit Garrelt Duin, der im Wirtschaftsausschuss des Bundestages ist, nach einer Möglichkeit, dass die Regulierungsbehörde diese Leitung als Pilotprojekt anerkennt, um die zusätzlichen Kosten auf die Netznutzungsentgelte umlegen zu können.“ Zur Gleichbehandlung mit der Ypsilon-Trasse sei das Raumordnungsverfahren auszusetzen, forderte SPD-Rats Herr Heinz-Jürgen Greszik.